



Doppelmoral prägt den Beginn der Herbstsession. Ist der Geri im Saal? Zeigt er sich im Bad der Politik? Ja, er tut es, wirkt geknickt, leidet unter seinem Fehltritt. Politisch sei Geri wohl am Ende, so der Tenor. Gleichzeitig werden die Offshore-Verlagerungen der Ammann-Gruppe heiss diskutiert. Der frühere Firmenchef Bundesrat Schneider Ammann dazu: „Steuern optimieren ist schweizerisch!“ Immerhin würden dadurch Arbeitsplätze gesichert. Blick zurück: Filippo Lombardi wurde sieben Mal der Fahrausweis entzogen. Alles nur Kavaliersdelikte? Offenbar, denn beide Männer erlangten dennoch höchste Schweizer Ämter. Steuern am Staat vorbeismuggeln schädigt das Volk, wird aber als „clever“ toleriert. Fahren in angetrunkenem Zustand gefährdet Menschenleben, wird aber als besonders „männlich“ oder „cool“ taxiert. Wer setzt die Massstäbe für diese unterschiedliche Moral?

### Chance für Tagesschulen jetzt nutzen

Mit 120 Mio. Franken wurde die Anschubfinanzierung für Kindertagesstätten nochmals verlängert. Initiiert wurde dieses Erfolgsmodell durch die SP. Jetzt ging es einzig um die Verlängerung. Diese war umstritten, obschon jeder in diese Massnahme investierte Franken drei- bis vierfach an den Staat zurückfliesst. Die Anschubfinanzierung dauert nur noch vier Jahre. Schaffhausen darf diesen Zug, trotz Sparprogrammen, nicht verpassen.

### Initiative bringt Krankenkassenlobby zum Einlenken

Die 61 Krankenkassen lassen sich nur ungern beaufsichtigen. Die Entschädigungen von Verwaltungsrat und Geschäftsführung sind nicht transparent, zu hoch angesetzte Prämien können nicht korrigiert werden. Die Vorlage zur Krankenkassenaufsicht fand im Nationalrat zähneknirsch Zustimmung. Man wollte der Initiative für eine öffentliche Krankenkasse keine zusätzlichen Argumente in die Hände spielen. Die Initiative hat damit einem wichtigen Gesetz zum Durchbruch verholfen. Es handelt sich aber nur um einen lauen Kompromiss. Nebst vielen Abschwächungen wurde auch bezüglich der lästigen Werbeanrufe beschlossen, die Branche solle das Problem doch selber lösen.

### Hochpreisinsel: Viele Hunde sind des Hasen Tod

Importprodukte, in denen keine Schweizer Arbeit steckt, sollten zu Konditionen wie im Ausland importiert werden können. Damit würde der Einkaufstourismus weniger lukrativ. Der Nationalrat ist aber erneut nicht auf die Revision eingetreten. Damit ist sie vom Tisch. Die Schweiz bleibt also Hochpreisinsel. Wenn es als „schweizerisch“ gilt, Steuern im Ausland zu optimieren, mit welchen Argumenten sollen dann die Konsumentinnen und Konsumenten überzeugt werden, dass Einkaufstourismus „unschweizerisch“ sein soll?

Das Gesetz wurde versenkt. 97 Firmen - von Anwaltskanzlei bis Zahnbedarf - haben ihre Logos auf acht A4-Seiten geklatscht und damit offenbart, wer von dieser Hochpreisinsel zehrt. Die SP-Fraktion war sich uneinig. Grund waren unter anderem viele Liberalisierungstendenzen, die den Gewerkschaften nicht passten. Sie befürchteten Lohndruck und den Verlust ihrer Mitsprache in der Wettbewerbskommission. Jetzt versucht die SP das Thema Hochpreisinsel über eine Motion nochmals aufzugreifen.

### Gefährliche Tendenz: Bundesrecht über das Völkerrecht stellen?

„Hallauer Recht bricht Bundesrecht“- mit diesem Slogan hat Hallau schon öfters für populistische Schenkelklopfer gesorgt. Mit drei analogen parlamentarischen Vorstössen auf eidgenössischer Ebene versuchte die SVP das Völkerrecht abzuwerten. Ein Ausschluss aus dem Europarat wäre unter anderem die Folge. Der Nationalrat hat diese Vorstösse versenkt. Würde man das Volk dazu befragen, dann wäre der Ausgang der Abstimmung allerdings ungewiss. Das wissen die Initianten und führen uns damit weiter in eine selbstgefällige Isolation. Hüten wir uns vor solch gefährlichen Tendenzen!

## **Verjährung: Opferschutz bleibt auf der Strecke**

Nach dem Einsturz einer Einstellhalle in Gretzenbach konnten die Verantwortlichen für die Baumängel wegen der zu kurzen Verjährungsfrist von nur 10 Jahren nicht verurteilt werden. Asbestose als weiteres Beispiel bricht erst 25 bis 40 Jahre nach Kontakt mit Asbest aus. Der Europäische Gerichtshof hat deshalb die Schweiz wegen der Verjährungsfrist gemassregelt. Die Revision des Verjährungsrechts war unbestritten, doch wurden ihm alle Zähne gezogen. Der Bundesrat beantragte eine Verjährungsfrist von 30 Jahren, nur 20 Jahre kamen durch. In Frankreich gilt eine relative Verjährungsfrist. Sie beginnt erst im Zeitpunkt, wenn der Schaden auftritt. Das ist für die Opfer die fairste Lösung. Leider kamen wir mit unseren Anträgen nicht durch. Verloren aber haben vor allem die Opfer.

## **Tunnelblick und Tricks für die zweite Röhre**

Man darf staunen: Die SVP pocht für einmal nicht auf die Durchsetzung des Volkswillens, aber eben nur beim Alpenschutz. Die Partei stehe ein für den Menschenschutz, die zweite Röhre helfe Unfälle zu verhindern. Dass Mehrverkehr und die fehlenden Mittel für die nötige Verkehrsinfrastruktur in den Agglomerationen diesen Sicherheitsgewinn zig-fach auffressen, kümmert sie nicht. Bundesrätin Leuthard verstieg sich in der Behauptung, nach der Sanierung werde konsequent nur eine Spur pro Röhre offen bleiben. Dies widerspricht aber dem europäischen Landverkehrsabkommen, das eine künstliche Beschränkung von Verkehrskapazitäten untersagt. Wegen solchen Ungereimtheiten hätten die Tunnelturbos lieber erst nach den Wahlen 2015 über die zweite Röhre abgestimmt. Doch filibustern – lange reden – ist in unserem Parlament nicht erlaubt, dem Sprechenden Fragen zu stellen aber schon. So standen nach jedem Votum Fragesteller in Kolonnen vor dem Rednerpult, mit vorgedruckten Fragen. Der Trick wurde rasch erkannt. Die Röhrengegner verweigerten ihnen ganz einfach die Antwort. Haarscharf vor Sitzungsende konnte die Abstimmung zur zweiten Röhre noch durchgeführt werden. Sie wird ein Thema sein im Wahljahr 2015.

## **Hasspropaganda in sozialen Netzwerken**

Die SP Fraktion hat sich in dieser Session intensiv mit der Verbreitung von Rassismus in Internetforen und Social Media auseinandergesetzt. Vier Fachleute wurden für dieses Thema zu einer Aussprache eingeladen. In den Onlineforen explodiert die Anzahl und Heftigkeit von Äusserungen als Rassismus- und Hasspropaganda. Dieser massiven Zunahme steht erstaunlicherweise eine rückläufige Anzahl Strafverfahren gegenüber. Die geltenden Gesetze werden zwar als genügend bewertet, sie werden aber nicht konsequent angewendet und umgesetzt. Die Politik steht hier in der Verantwortung und muss die Problematik intensiv beobachten und ernsthaft angehen.

## **Fachkräftemangel als Chance nutzen**

Das Gejammer über die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative ist nach wie vor gross. Gleichzeitig verfügen in der Schweiz 619'000 Personen über keinen Bildungsabschluss. Diese Menschen sind als Erste von Arbeitslosigkeit betroffen. Der Fachkräftemangel sollte Motor genug sein, diesen Menschen über Zusatzausbildungen zu einer Perspektive zu verhelfen. Mit dem Thema Berufsbildung habe ich mich in dieser Session intensiv befasst und mit einer Gruppe von ParlamentarierInnen dazu entsprechende Vorstösse eingereicht. Bisher beschränkt sich der Bund auf Empfehlungen an die Kantone und Verbände. Das greift entschieden zu wenig. Wir wollen Taten sehen statt nur Worte hören aus dem Bildungsdepartement Schneider Ammann (siehe auch [www.martinamunz.ch/aktuell](http://www.martinamunz.ch/aktuell) ).

## **Wasser gehört nicht in die Hände von mächtigen Konzernen**

An der Weltausstellung 2015 in Mailand zum Thema Ernährung will sich die Schweiz dem Aspekt Nachhaltigkeit widmen. Vier hohe Türme werden aufgestellt, je einer gefüllt mit Salz, Apfelringli, Kaffee und Wasser. Die Türme Kaffee und Wasser werden von Nestlé gesponsert. Nestlé aber steht weltweit in der Kritik. Der Konzern kauft Trinkwasserquellen auf und füllt das in Flaschen ab, was für die Bevölkerung vor Ort Lebensgrundlage ist, nämlich ihr Wasser. Im Rahmen der Kommissionsarbeit setze ich mich ein für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Thema Privatisierung des Wassers und dass das Nestlé-Engagement an der Expo 2015 nicht zu einem Imageproblem für die Schweiz wird.